

# SPD demokratischer pressediens

P/XXVIII/133

16. Juli 1973

Die Doppelstrategie der Kommunisten

-----  
Klarstellungen zum Thema Verteidigungs-  
potential Ost-West

Von Horst Niggemeier

Mitglied des SPD-Landesvorstandes Nordrhein-  
Westfalen

Seite 1 und 2 / 73 Zeilen

Aufklärung dringend nötig

-----  
Mißbrauch des britischen Geheimdienstes ?

Seite 3 / 34 Zeilen

Schallplatte als Drogenprophylaxe

-----  
4,2 vH. aller Jugendlichen in Nordrhein-  
Westfalen haben Rauschgifterfahrung

Seite 4 und 5 / 52 Zeilen

Chefredakteur: Dr. E. Eckert  
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler  
5300 Bonn 12, Heussallee 2-10  
Postfach: 120 408  
Pressehaus 1, Zimmer 217-224.  
Telefon: 22 80 37 - 38  
Telefax: 888 846 / 888 847  
| 6346 PPF D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg  
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

## Die Doppelstrategie der Kommunisten

---

Klarstellungen zum Thema Verteidigungspotential Ost-West

Von Horst Niggemeier

Mitglied des SPD-Landesvorstandes Nordrhein-Westfalen

Während des Besuchs einer polnischen Partei- und Regierungsdelegation in der DDR erklärte der erste Stellvertreter des DDR-Ministerratsvorsitzenden, Horst Sindermann, den polnischen Gästen unter Führung von KP-Chef Giereck in einer Rede u.a.: "Das wirtschaftliche Wachstum und die weitere Stärkung des Verteidigungspotentials unserer sozialistischen Gemeinschaft wird sich auf den Prozeß der Friedenssicherung in Europa und der ganzen Welt günstig auswirken."

Diese SED-These von der weiteren Aufrüstung wird in der Praxis durch den FDGB dadurch aktiv unterstützt, daß angestrebt wird, der sogenannten "sozialistischen Wehrerziehung einen gebührenden Platz in den Betriebskollektivverträgen (BKV) 1974" einzuräumen. Dies hatte vor kurzem der FDGB-Bezirksvorsitzende Horst Brandt, der gleichzeitig Mitglied des Sekretariats der SED-Bezirksleitung Suhl ist, vor den Arbeitern im VEB Schraubenwerk Hildburghausen erklärt.

Im Rahmen der internationalen Doppelstrategie der Kommunisten setzte das DKP-Präsidiumsmitglied Heinz Lang in der Bundesrepublik den Gegenhebel an, indem er nur wenige Tage nach SED-Sindermann und FDGB-Brandt die Verabschiedung des Verteidigungsetats im Bundestag zum Anlaß nahm, um der Bundesregierung vorzuwerfen, daß sie sich weigere, "aus der internationalen Entspannung Konsequenzen beim Rüstungsetat zu ziehen". Die DKP-Zeitung "Unsere Zeit" ergänzt ihren Parteipräsident Lang mit der unpräzisen, aber markigen Anklage: "Jede dritte Mark wird in Bonn für Rüstung und Militarisierung zum Fenster hinausgeworfen."

So einfach ist die kommunistische Argumentation: Aufrüstung im Ostblock und Abrüstung im Westen sichern den Frieden. Dieser in seiner Unlogik gefährliche Trick wird immer wieder versucht, weil sich das verständliche Unbehagen der Bundesbürger über Rüstungslasten politisch leicht ummünzen läßt in das unhalt-

bare, aber dafür eingängige Schlagwort: "Weniger Starfighter, dafür mehr Krankenhäuser!" Es ist deshalb auch keine Überraschung, daß gerade in diesen Wochen eine von der DKP unterstützte Kampagne "Zur Verminderung der Rüstungslasten - zugunsten der Reformen auf dem Gebiet des Sozial- und Bildungswesens" in der Bundesrepublik läuft.

Natürlich wird daher auch Bundesverteidigungsminister Georg Leber über die kommunistische Kimme aufs Korn genommen: Rüstungsminister, Kalter Krieger und Panikmacher sind die von der DKP-Zeitung verwendeten Bezeichnungen für den sozialdemokratischen Politiker, der im Rahmen der sozialdemokratisch geführten Regierungspolitik die ihm von Bundeskanzler Willy Brandt zugewiesene schwierige Aufgabe des Verteidigungsminister erfüllt. Um der Vollständigkeit willen sollte noch hinzugefügt werden, daß Georg Leber auch den Parteitagsabschluß von Hannover zu realisieren hat, wonach "die Bündnisfähigkeit und letztlich auch die Verhandlungsfähigkeit der Bundesrepublik beruhen auf ihrer Bereitschaft, einen militärischen Beitrag zur NATO-Verteidigung zu leisten. Das ist die Aufgabe der Bundeswehr".

Unter Berücksichtigung dieses neuerlichen Parteitagsbeschlusses und der klaren Aussagen des Parteivorsitzenden und Bundeskanzlers, daß die von ihm vertretene Entspannungspolitik nur im Rahmen einer funktionierenden Atlantischen Allianz möglich ist, sollte erneut festgehalten werden, daß gerade die auf "Frieden und Freiheit" programmierten Sozialdemokraten Entspannung und Abrüstung nicht ohne Rücksicht auf die eigenen Sicherheit betreiben können. Bis heute noch gewährleisten jedenfalls NATO und in ihr die Bundeswehr diese Sicherheit. Und es könnte in diesem Zusammenhang von Sozialdemokraten nur begrüßt werden, daß mit Georg Leber ein proximer und bewährter Vertreter der deutschen Gewerkschaftsbewegung auch in der Funktion als Verteidigungsminister eine wichtige politische Aufgabe erfüllt. Georg Leber bei seiner durch Regierungs-, Parlaments- und Parteitagsbeschlüsse vorprogrammierten Arbeit aktiv zu unterstützen, das gehört also mit zum sozialdemokratischen Selbstverständnis von der Solidarität.

Die von der SPD nach jahrzehntelangem Ringen übernommene Regierungsverantwortung ist unteilbar; sie schließt das Verteidigungsressort unabwiesbar mit ein, wenn sich die SPD nicht eines Tages dem Vorwurf ausgesetzt sehen will, regierungsunfähig geworden zu sein.

(-/16.7.1973/bgy/aw/ee/ex)

Aufklärung dringend nötig

Mißbrauch des britischen Geheimdienstes ?

Die deutsche Politik gerät, glaubt man einigen bundesrepublikanischen Blättern, in ein Netz von Geheimdiensten-Informationen. Wo immer "Sensationen geboren" werden, da tauchen dabei als nicht näher spezifizierte Urheber ausländische Dienste dieser Art auf. Am meisten wird dabei erstaunlicherweise der britische Geheimdienst strapaziert, der auf diese Weise zu einer Unruhequelle in der innerdeutschen Landschaft umfunktioniert wird.

Der neuste Fall ist die Behauptung, daß "offenbar aus britischen Geheimdienstquellen" Berichte stammen sollen, wonach beim Bundesnachrichtendienst eine Bosse-Akte existiere. Bosse, dem in der DDR tödlich verunglückten Osthändler aus Bad Honnef/Rhein wird jetzt nachgesagt, daß er sowohl für den BND als auch für den Staatssicherheitsdienst der DDR gearbeitet habe: Neuer Sprengstoff für die Steiner-Untersuchung. Wenige Tage zuvor war der britische Geheimdienst als Quelle für die ungeheuerliche Behauptung zitiert worden, daß angeblich zwei Mitglieder des Nobelpreiskomitees bestochen worden seien, damit die Verleihung des Friedensnobelpreises an Willy Brandt gesichert würde. Diese "Meldung" hatte seinen Platz im Nachrichtenteil eines Wirtschafts magazins gefunden, dessen Chefredakteur sich inzwischen beim Kanzler formell entschuldigt hat: Die Meldung sei ungeprüft übernommen worden. Und es ist noch nicht lange her, da mußte der britische Geheimdienst als Quelle für "Meldungen" herhalten, in denen Bundesminister Egon Bahr Fehlleistungen bei den Ostvertrageverhandlungen unterschoben worden waren.

Man könnte sich durchaus vorstellen, daß den für den britischen Geheimdienst zuständigen Regierungsstellen in London unter diesen Umständen sehr daran gelegen sein müßte und sollte, ihren Nachrichtenapparat gegen diesen unerträglich werdenden Mißbrauch als angebliche "Quelle" von Behauptungen zu schützen. Die dem deutschen Leser vermittelte Annahme, daß es Mitglieder des britischen Geheimdienstes geben sollte, die als "Meldungs"-Lieferanten für innerdeutsche Zwecke fungieren, ist so schockierend, daß sie schnellstens aus der Welt geschafft werden muß.

(ee/16.7.1973/ks/ee)

### Schalplatte als Drogenprophylaxe

4,2 vH. aller Jugendlichen in Nordrhein-Westfalen  
haben Rauschgifterfahrung

Specht und Zwiebel, zwei muntere Knaben, fangen einen Rauschgifthändler. Zwischendurch gibt's Beatmusik. So etwa kann eine spannende Schalplatte beschrieben werden, die auf Anregung und im Auftrag des nordrhein-westfälischen Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales, Werner Figgen (SPD), produziert worden ist.

Die Platte "probieren heißt beDrogen sein" ist keineswegs als Konkurrenz für Pop-Platten gewohnter Machart gedacht; die Minister-Platte soll vielmehr für Eltern und Erzieher Ausgangspunkt sein, mit Jungen und Mädchen über die Gefahren des Drogenkonsums zu sprechen. Die Sprechplatte (Auflage 25.000) wendet sich an acht- bis 12jährige Schüler, hat also prophylaktische Bedeutung. "probieren heißt beDrogen sein" ist in Zusammenarbeit mit Psychologen und Pädagogen entstanden. Die Schalplatte, vor allem für die Hand des Lehrers gedacht, kann kostenlos bestellt werden bei der Arbeitsgemeinschaft Haltungs- und Gesundheitserziehung im Lande Nordrhein-Westfalen e.V., 516 Düren, Postfach 171.

Wie wichtig gerade vorbeugende Maßnahmen gegen den Drogenmißbrauch sind, geht aus Zahlen hervor, die dem Ministerium von der Kölner "Forschungsstelle jugendliche und randständige Gruppen" vorgelegt wurden:

- Eine im November 1972 bei Schülern aller Schultypen durchgeführte Frageaktion zeigt, daß insgesamt 15,6 vH. der 14- bis 18jährigen Schüler in Nordrhein-Westfalen Erfahrungen mit "illegalen" Drogen haben (Haschisch, LSD, Opiate usw.).

- Zum Zeitpunkt der Befragung hatten 73 vH. dieser Drogen-

Erfahrenen ihren Konsum wieder beendet. Das bedeutet: 4,2 vH. der Schüler und Schülerinnen in NRW konsumieren Drogen.

- Es greifen mehr Jungen (10,9 vH.) als Mädchen (4,7 vH.) zur Droge. Bemerkenswert: Weit mehr Mädchen (23,9 vH.) als Jungen (18,6 vH.) wollen eine Droge probieren.

- Mit Drogen haben 15,6 vH. der Schüler Erfahrungen gemacht; die Gruppe der Alkohol-Erfahrenen (Schnaps, Kognak usw.) ist mit 34 vH. weitaus größer.

- Der Trend zum stärkeren Drogenkonsum in berufsbildenden Schulen wird durch die Untersuchung der Kölner Wissenschaftler bestätigt; haben von den Schülern berufsbildender Schulen in NRW 17,2 vH. Erfahrungen mit "illegalen" Drogen, so sind es an allgemeinbildenden Schulen 13,3 vH.

- Auf dem Lande ist der Drogenkonsum geringer verbreitet (10 vH.) als in mittelgroßen Städten (15 vH.) und Großstädten (17 bis 20 vH.).

Die hier vorgestellten Zahlen sind erste vorläufige Resultate einer Forschungsarbeit, mit der im Juli 1972 das Kölner Team (Leitung: Rainer Wetz) und Prof. Dr. Hartmann vom Soziologischen Institut der Universität Münster beauftragt worden sind. Vor allem die Arbeit von Prof. Hartmann soll eine wissenschaftlich fundierte Antwort auf die Frage finden, warum Schüler aller Schularten zur Droge greifen. Es geht also um Motivforschung.

Minister Werner Figgens beabsichtigt, das Ergebnis des Forschungsauftrags noch in diesem Jahr als Broschüre zu veröffentlichen.

Tim Arnold  
(-/16.7.1973/ks/ex)